Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.35 R.-M., für auswärts 0.40 R.-M.; die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2.50 R.-M., abzüglich 5% Krisenrabatt. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 R.-M. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 123 × Sonnabend, 28. Mai 1932 40. Jahrgang

Brüning vor der Entscheidung

Immer neue Krisengerüchte – Aufsehenerregende Mitteilungen des Organs der Christlichen Gewerkschaften – Japan lehnt Nichtangriffspakt mit Moskau ab

Neubildung des Kabinetts durch Brüning?

Hasse wahrscheinlich Reichswehrminister – Scheidet Schleicher aus?

B. Berlin, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht)

Der Vortrag des Kanzlers beim Reichspräsidenten ist nunmehr endgültig auf Sonntag mittag 12 Uhr angesetzt worden. Es ist möglich, daß dieser Unterredung noch eine zweite am Montag folgen und daß dann also erst die Entscheidung fallen wird. Im übrigen hat sich in den Kreisen der Regierung seit der Rückkehr des Staatssekretärs Meißner aus Neudeck der Eindruck verstärkt, daß Dr. Brüning Kanzler bleiben wird. Man nimmt an, daß der Reichspräsident entweder in der Form eines direkten Schreibens an den Kanzler oder in einer Erklärung zur Notverordnung Dr. Brüning seines erneuten Vertrauens versichern wird. Ein Berliner Mittagsblatt verkündet bereits die Ernennung des Generals der Infanterie Hasse zum Reichswehrminister. Diese Mitteilung eilt natürlich den Dingen voraus, über die allein der Reichspräsident zu entscheiden hat. Allerdings besteht nach unsrer Kenntnis die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß Hasse die Nachfolgeschaft Groeners im Reichswehrministerium antreten wird. Wie verlautet, dürfte in diesem Falle General v. Schleicher aus dem Posten des Chefs des Ministeramts ausscheiden, um für „andre Zwecke" Verwendung zu finden. Ungewiß ist, ob Groener als Reichsinnenminister bestätigt wird. Sollte es dem Kanzler nicht gelingen, Groener als Reichsinnenminister zu halten, so wäre ein formeller Gesamtrücktritt des Kabinetts nicht ausgeschlossen. Mit dessen Neubildung würde dann aber sofort Dr. Brüning wieder betraut werden. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß dann auch der Reichsernährungsminister Schiele durch eine andre Persönlichkeit ersetzt werden wird. Halbamtlich wird erklärt, daß Goerdeler nicht mehr für den Posten des Reichswirtschaftsministers in Frage kommt. Auch das Schicksal dieses Ressorts bleibt ungewiß.

•

Sonntag Unterredung mit Hindenburg

B. Berlin, 27. Mai. (Eig. Drahtbericht)

In Berliner politischen Kreisen sah man selbstverständlich der Rückkehr des Staatssekretärs Meißner von seinem Vortrag bei Hindenburg in Neudeck mit gespanntester Aufmerksamkeit entgegen. Irgendwelche amtlichen Mitteilungen über den Inhalt der Besprechungen Meißners mit Hindenburg liegen nicht vor. Halbamtlich wird, wie schon gestern kurz berichtet, aber angedeutet, daß

der Reichspräsident sowohl auf sachlichem wie auf personellem Gebiet gewisse sehr bestimmte Wünsche geäußert hat.

Vor allem dringt er auf Abänderung gewisser Bestimmungen der von Brüning ausgearbeiteten neuen Notverordnung. Die Abänderungswünsche des Reichspräsidenten zur Notverordnung beziehen sich, wie verlautet, vor allem auf zwei Punkte. Einmal nämlich

Die Krisengerüchte dauern trotz allen offiziellen

Anregt hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer, denen er weitere Abstriche ersparen möchte. Und weiter auf das Siedlungsprogramm, in dessen Mittelpunkt bekanntlich das Recht der Reichsregierung auf Enteignung von Großgrundbesitz im Osten steht. Diese Enteignungsmöglichkeit, die in agrarischen Kreisen auf schärfsten Widerspruch gestoßen ist, soll nach einem Vorschlag, den Staatssekretär Meißner aus Neudeck mitgebracht hat, durch verstärkte Sicherungen eingeschränkt und den Berufsständen ein gewisser Einfluß bei den Entscheidungen des Reiches eingeräumt werden. Die halboffiziöse Andeutung, daß die vom Reichspräsidenten geforderten Korrekturen

„keine Schwierigkeiten im Kabinett schaffen würden",

läßt darauf schließen, daß die Notverordnung in diesem Sinne abgeändert werden wird. Voraussichtlich wird das Kabinett sich mit den Anregungen des Reichspräsidenten am Freitag beschäftigen. Im Laufe des Sonnabends soll dann die Schlußredaktion der Notverordnung vorgenommen werden. Unentschieden ist noch, ob an der Ausdehnung der Beschäftigtensteuer auf die Monatseinkommen unter 300 M. festgehalten wird.

Die Unterzeichnung der Notverordnung

wird erst nach der grundsätzlichen Aussprache zwischen Reichspräsident und Kanzler erfolgen, in der endlich die dringend notwendige Klarheit über den künftigen Kurs der Reichspolitik geschaffen werden soll.

auf die Kürzung der Renten, insbesondere der Versicherungen des Gegenteils unvermindert an.

Einflußreiche Kreise der Rechten machen die größten Anstrengungen, den Sturz des Kabinetts herbeizuführen, und es hat an Versuchen nicht gefehlt, den Reichspräsidenten zu einer Neuorientierung ohne Dr. Brüning zu gewinnen. In der Umgebung des Kanzlers ist man allerdings überzeugt, daß es Dr. Brüning gelingen wird, allem Ansturm seiner Widersacher zum Trotz sich das Vertrauen des Reichspräsidenten zu erhalten. Soviel scheint schon jetzt festzustehen, daß Hugenbergs Appell an den Reichspräsidenten, aus eigener Vollmacht, über den Kopf des Kanzlers hinweg, den Reichstag einzuberufen, in Neudeck kein Gehör gefunden hat. Großes Aufsehen erregen

sehr phantastisch klingende Mitteilungen des christlichen Gewerkschaftsorgans „Der Deutsche"

über angebliche Machenschaften, die von den Brüning feindlichen Kreisen unternommen worden sein sollen, um vom Ausland her die Stellung des Kanzlers zu erschüttern. „Die deutliche Warnung des Kanzlers im Reichstag", so schreibt das Blatt, „war umsonst. Man hat weiterverhandelt. Ueber Aufrüstung und ein deutsch-französisches Militärabkommen. Danach soll Deutschland ein 300 000-Mann-Heer aufstellen dürfen, modern bewaffnet, unter Mitarbeit des französischen Generalstabs. Eine wirtschaftliche Verständigung soll der militärischen folgen. Die Reparationen sollen auf eine Schuld von 9 Milliarden reduziert werden." Nachdem „Der Deutsche" darauf hingewiesen hat, daß diese Verständigungsprojekte

im schärfsten Gegensatz zu den Abrüstungsforderungen der jetzigen Reichsregierung

und dem Verlangen Brünings nach völliger Streichung der Reparationen stünden, fährt er fort: „Die Franzosen wissen natürlich, daß sie diese Projekte nicht durchbringen können, solange Brüning Kanzler ist. Darum haben die eigentlichen Treiber der französischen Politik (vor allem das Comité des Forges) gegen Brüning unter der Hand immer wieder zu verstehen gegeben, eine Verständigung mit Deutschland sei nur möglich, wenn Hugenberg und Hitler hinter der deutschen Regierung stünden. Neuerdings gehen diese Kreise noch einen Schritt weiter: sie wollen jede weitere Verhandlung mit dem Kanzler Brüning ablehnen. Mit der Begründung, sie sei zwecklos, hinter Brüning stehe keine Volksmehrheit mehr und die Abmachungen dieser Regierung seien praktisch ohne Wert. Ja, mit diesem Argument wollen sie auch eine Verschiebung der festgesetzten Reparationsverhandlungen in Lausanne begründen. Alles das sicherlich nicht ohne Kenntnis und Zustimmung der Kreise aus der Opposition, mit denen sie verhandeln; wobei

bemerkt werden muß, daß ausgesprochene Parteipolitiker der Rechtsopposition direkt nicht daran beteiligt sind.

Diese Treibereien können nicht abgeleugnet werden, denn Beweise liegen vor." Wir müssen dem Organ der christlichen Gewerkschaften die Verantwortung für diese Behauptungen überlassen, die so phantastisch klingen, gleichzeitig aber auch so präzise sind, daß

eine Aufklärung unbedingt gefordert werden muß.

Das ist unbedingt nötig, damit der Kanzler, wenn er vom Reichspräsidenten weiterhin mit der Führung der Reichsgeschäfte und der Wahrnehmung der deutschen Interessen in Lausanne betraut wird, seine volle Autorität einsetzen kann. Der kommende Sonntag, an dem Brüning von Hindenburg empfangen wird, wird und muß eine völlig eindeutige Situation schaffen.

•

Die kommunistische „Aktion"

× Berlin, 27. Mai

Die kommunistische Aktion hat in Berlin und in zahlreichen Städten im Reiche zu ernsten Zwischenfällen geführt. In Berlin ist es gestern in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten gekommen. Am Stettiner Bahnhof wurden etwa 50 Nationalsozialisten von Kommunisten angegriffen. Dabei sollen von kommunistischer Seite zwei Schüsse gefallen sein. Die Polizei nahm drei Personen fest, darunter zwei Kommunisten. In der Wolliner Straße im Norden Berlins versuchten Kommunisten, Nationalsozialisten am Austeilen von Propagandamaterial zu hindern. Die Polizei mußte mit dem Gummiknüppel die streitenden Parteien trennen. Im Nordosten der Stadt wurde ein Kommunist von Nationalsozialisten überfallen und leicht verletzt. In der Zionskirchstraße entstand eine Schlägerei, bei der eine Person schwer und zwei leichter verletzt wurden. Drei Nationalsozialisten wurden von der Polizei festgenommen. Am Senefelderplatz wurden Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen, wobei ein Nationalsozialist durch Messerstiche verletzt wurde. Gleichzeitig versuchten Kommunisten ein nationalsozialistisches Verkehrslokal zu stürmen. Die Angreifer flüchteten jedoch beim Erscheinen der Polizei.

Ernster verliefen kommunistische Unruhen in Hamburg. Bereits am Donnerstagvormittag mußte die Polizei, vor allem vor den Arbeitsämtern, größere Menschenansammlungen zerstreuen. Gegen Mittag kam es am Jägerplatz zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen durch Schüsse verletzt wurden. Aus den Reihen der Erwerbslosen fielen Revolverschüsse, durch die ein Beamter schwer verwundet wurde. Darauf griff die Polizei ebenfalls zur Waffe und verletzte einen Erwerbslosen, der zuvor auf die Beamten geschossen hatte. Der Getroffene ist von Demonstranten weggeschafft worden. Der Jägerplatz wurde von einem verstärkten Polizeiaufgebot geräumt.

In Düsseldorf zog gegen 18 Uhr ein Trupp von etwa 100 Kommunisten unter Schmährufen auf die Regierung durch die Königsallee, wo mehrere Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden. Außerdem wurde eine Anzahl Automobile beschädigt und im Vorgarten eines Cafés Schaden angerichtet. Die Beteiligten ergriffen bei Erscheinen des Ueberfallkommandos die Flucht.

In Wuppertal veranstalteten Wohlfahrtserwerbslose vor dem Barmer Rathause eine Demonstration, die so bedrohlichen Charakter annahm, daß sich die Polizei zur Räumung des Rathausplatzes gezwungen sah. Einem Teil der Demonstranten gelang es, bei der Säuberungsaktion in das Rathaus einzudringen. Ein Polizeikommando besetzte daraufhin das Rathaus. Gegen 11 Uhr wurde das Rathaus von der Polizei vorübergehend geschlossen, um eine reibungslose Abfertigung der Unterstützungsempfänger zu ermöglichen. Auch später kam es in der Nähe des Rathauses immer wieder zu lärmenden Kundgebungen, die ein Eingreifen der Polizei notwendig machten.

Vorbesprechung zu Lausanne

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 27. Mai

Einige Pariser Morgenblätter bestätigen die Meldung, daß am nächsten Montag eine auf mehrere Tage berechnete Vorbesprechung für die Lausanner Konferenz im französischen Finanzministerium eröffnet wird. An ihr sollen die Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes sowie die Finanzsachverständigen Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands und der Schweiz teilnehmen. Die Konferenz wird sich u. a. mit dem Studium des allgemeinen Teils des Berichts des Finanzkomitees befassen. Als Delegierte werden bisher genannt für Frankreich der Direktor der Wertpapierabteilung im Finanzministerium, Bizot, für England Sir Frederic Leith-Roß, für Italien Beneduce.

•

Lossiemouth–Washington

Mysteriöses Telephongespräch Macdonalds

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 27. Mai

Einiges Aufsehen hat das Bekanntwerden eines mysteriösen Telephongesprächs gehabt, das der Premierminister Macdonald aus seinem Erholungsurlaub in Lossiemouth mit Washington geführt hat. Das Gerücht, daß Macdonald eine Unterredung mit Präsident Hoover über die Kriegsschuldenfrage gehabt und vielleicht sogar eine Art Appell an Hoover gerichtet habe, findet bestrittene Verbreitung. Der Privatsekretär des Premierministers dementiert jedoch diese Auffassung und erklärt, daß Macdonalds drahtlose Unterredung mit Washington hauptsächlich „handelspolitische Fragen" berührt und mit der Lausanner Konferenz in keinerlei Verbindung gestanden habe. Die wirtschaftliche Lage in England und Amerika sei der Hauptgegenstand des Telephongesprächs gewesen. Der Privatsekretär konnte jedoch nicht angeben, ob es Präsident Hoover gewesen ist, mit dem Macdonald gesprochen hat. Angesichts des besonderen Interesses, das die amerikanische Haltung in der Schuldenfrage in diesen Tagen gefunden hat, gibt das geheimnisvolle Telephongespräch zwischen dem schottischen Fischerdorf und der Hauptstadt der Vereinigten Staaten Anlaß zu weitgehenden Kombinationen.

•

Deutsch-amerikanisches Abkommen

* Berlin, 27. Mai

Nach Blättermeldungen aus Washington hat der deutsche Botschafter gestern ein deutsch-amerikanisches Abkommen unterzeichnet, das die Zahlung von 6 Millionen Dollar in zehn Jahresraten mit 4 Proz. Zinsen durch Deutschland vorsieht. Bei diesen 6 Millionen Dollar handelt es sich um die durch das Hoover-Moratorium aufgeschobene Jahresrate für die Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland. — Eine Stellungnahme zu dieser Meldung von zuständiger Seite war noch nicht zu erlangen.

Der zukünftige Kurs Japans

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Tokio, 27. Mai. (Durch United Preß)

Das neue japanische Kabinett betont, daß es keine Aenderung in der japanischen Außenpolitik beabsichtige. Gleichzeitig wird freilich erklärt, daß die japanische Regierung nicht die Absicht habe, auf den russischen Vorschlag, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, einzugehen. Zur Begründung dieser Haltung wird erklärt, daß schon das Kabinett Inukai Rußland geantwortet habe, daß die bestehenden Verträge zwischen Rußland und Japan ausreichend seien und daß kein Anlaß für den Abschluß eines besonderen Nichtangriffspaktes vorliege. Das Kabinett Saito hebt besonders hervor, daß es in erster Linie innenpolitische Reformen als seine Aufgabe betrachte und seine Aufmerksamkeit einer Wiederbelebung der Wirtschaft und einer gerechteren Verteilung der Steuern zuwenden wird.